

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,  
Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:20 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

### **CDU/FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Bürgermeister Erich Bolinius (bis 20.20 Uhr)  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsfrau Hillgriet Eilers  
Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Kurt Hannappel  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Meinhard Meißner  
Ratsherr Franz Melles  
Ratsherr Hinrich Odinga  
Beigeordneter Roland Riese (bis 20.18 Uhr)  
Bürgermeisterin Andrea Risius  
Ratsherr Benedikt Rosenboom  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Ratsherr Bernd Bornemann  
Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Ratsherr Jürjen Heinks  
Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsherr Bernd Kalkkuhl  
Ratsherr Mecklenburg  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Beigeordnete Lina Meyer  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Ratsherr Ihno Slieter  
Beigeordneter Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Woldmer (bis 20.20 Uhr)

**Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz  
Ratsherr Hermann Züchner

**von der Verwaltung**

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Martin Lutz  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Protokollführerin Karin Jetses

Ca. 10 Zuhörerinnen und Zuhörer  
Vertreter der Presse

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 40 Ratsmitglieder anwesend.

Er gratuliert Herrn H. W. Janßen nachträglich zu seinem 60. Geburtstag.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt , ergänzend zu Punkt 5, Vorlage 14-8/2 „Umbildung des Verwaltungsausschusses“ sei die Tischvorlage 14-8/3 verteilt worden.

Zu Punkt 6, Vorlage 14-10/11 „Umbesetzung von Ratsausschüssen“ gehöre eine weitere Vorlage 14-10/12.

Zu Punkt 10, Vorlage 14-536 „Änderung des Gesellschaftervertrages der Schlachthof Emden GmbH“ gebe es noch die Ergänzungsvorlage 14-536/1. Er bitte um gemeinsame Behandlung dieser beiden Vorlagen.

Außerdem bitte er um gemeinsame Beratung, aber einzelne Beschlussfassung der Haushaltspunkte 11 – 14.

**Herr E. Bolinius** erklärt, seine Fraktion sei mit einer gemeinsamen Beratung der genannten Haushaltspunkte nicht einverstanden, da seine Fraktion sich auf jeden einzelnen Punkt vorbereitet habe.

Es wird beschlossen, die Punkte 11 – 14 einzeln zu behandeln.

Weiterhin erklärt **Herr Dr. Kleinschmidt**, der Punkt 18, Vorlage 14-55/4 „33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich nördlich der Uphuser Straße – Emden Uphusen“ werde abgesetzt, da in der Sache noch Beratungsbedarf bestehe.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.12.2002

**Herr Schaudinn** erklärt, auf Seite 14, TOP 16, Ziffer 6, Vorlage 14/470 „Haushalt 2003“ müsse der Deckungsvorschlag „Parkhaus am Wasserturm“ abgeändert werden in „Bau einer Parkpalette“.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.12.2002 wird mit dieser Korrektur genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde

**Frau Noosten** schlägt die Stadt Emden als Durchführungsort einer Niedersächsischen Landesgartenschau vor. Für den Geschäftsführer der Fördergesellschaft für Landesgartenschauen in Niedersachsen sei das Jahr 2008 wünschenswert.

**Herr Brinkmann** erklärt, die Verwaltung habe sich bereits in der Vergangenheit um das Stattfinden einer Landesgartenschau in Emden bemüht. Die Standorte der Landesgartenschauen würden aber bezirkswise verteilt und da die letzte in Bad Zwischenahn stattgefunden habe, sei die Chance, für das Jahr 2008 ausgewählt zu werden, sehr gering.

### BESCHLUSSVORLAGEN

Punkt : 5 1. Vorlage 14-8/2  
Umbildung des Verwaltungsausschusses;  
Bestimmung einer/eines Beigeordneten

Beschluss: Als Beigeordnete wird anstelle von Herrn Roland Riese für die restliche Dauer der 14. Wahlperiode

Frau Hillgriet Eilers

benannt. Als Vertreter wird Herr Roland Riese benannt.

Ergebnis: einstimmig

2. Vorlage 14-8/3  
Umbildung des Verwaltungsausschusses;  
Bestimmung einer/eines Beigeordneten

Beschluss: Als Vertreter des Beigeordneten Helmut Bongartz wird anstelle von Herrn Reinhard Hegewald für die restliche Dauer der 14. Wahlperiode

Herr Hinrich Odinga

benannt.

Ergebnis: Einstimmig

Punkt : 6 1. Vorlage 14-10/11  
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

**Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung**

Beratendes Mitglied – Vertreterin des Integrationsrates

Frau Eva Plesun für Frau Natalie Gerner

Ergebnis: einstimmig

2. Vorlage 14-10/12  
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

**Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Tourismus**

Beigeordneter Roland Riese für Ratsherr Heino Ammersken

**Ausschuss für Rechnungsprüfung und Betriebe**

Ratsherr Heino Ammersken für Ratsherr Holger Klaassen

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14-14/2  
Besetzung von Gremien;  
West-Ost-Gesellschaft e.V.

**Herr Bolinius** erklärt, die CDU/FDP-Gruppe schlage als Nachfolgerin für das ausgeschiedene Ratsmitglied Hans Grigull und als Vertreterin der Stadt Emden für die West-Ost-Gesellschaft e. V. Frau Hillgriet Eilers vor.

**Herr Haase** ergänzt, die SPD-Fraktion schlage Frau Elfriede Meyer vor.

Weitere Vorschläge werden nicht abgegeben. Es wird eine geheime Wahl beantragt.

Nach dem 1. Wahlgang wird bei Frau Eilers und Frau E. Meyer mit jeweils 19 Stimmen eine Stimmengleichheit festgestellt. Zwei Ratsmitglieder haben sich enthalten.

Im 2. Wahlgang erhält Frau Eilers 21 und Frau E. Meyer 17. Stimmen. Es gibt wieder zwei Enthaltungen.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Damit wird Frau Eilers als Vertreterin der Stadt Emden in der West-Ost-Gesellschaft e. V. berufen. Herr **Dr. Kleinschmidt** gratuliert Frau Eilers zu dem Wahlergebnis.

Beschluss: Als Vertreterin der Stadt Emden in der West-Ost-Gesellschaft e.V. wird

Frau Hillgriet Eilers

berufen.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 21

Dagegen: 17

Enthalt.: 2

Punkt : 8 Vorlage 14-492  
Satzung der Stadt Emden über die Organisation und Abschottung der für die Statistik zuständigen Organisationseinheit (Statistikstelle)

Beschluss: Die der Vorlage 14/492 als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Emden über die Organisation und Abschottung der für die Statistik zuständigen Organisationseinheit (Statistikstelle) wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14-535  
Nutzungsänderung Schlachthof Emden GmbH

**Herr Brinkmann** stellt fest, dass bei den Tagesordnungspunkten 9 und 10 kein Mitwirkungsverbot gem. § 26 NGO für die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung bestehe, da nur über eine Nutzungsänderung des Schlachthofes bzw. über eine Änderung des Gesellschaftsvertrages und nicht über haushaltsrelevante Dinge beraten und beschlossen werde.

Beschluss: 1. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden angewiesen zu beschließen

a) den Verkauf oder die Verpachtung des Schlachthofes für Schlachthofzwecke nicht mehr zu verfolgen und den Schlachthof baldmöglichst zu schließen

b) den Schlachthof und die Schlachthofeinrichtung einer anderen gewerblichen Nutzung zuzuführen bzw. zu verwerten

2. Der Schlachthof wird mit sofortiger Wirkung als öffentliche Einrichtung entwidmet.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 1. Vorlage 14-536  
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schlachthof Emden GmbH

**Herr Dr. Kleinschmidt** erkundigt sich, ob man die Vorlagen 14-536 und 14-536/1 gemeinsam abstimmen könne. Dies wird so beschlossen.

Beschluss: Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden angewiesen, der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schlachthof Emden GmbH entsprechend dem anliegenden Entwurf zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

2. Vorlage 14-536/1

a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schlachthof Emden GmbH

Entsendung eines Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Vertreter mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen der Zukunft Emden GmbH

**Herr Dr. Kleinschmidt** weist auf eine nicht korrekte Aufzählung im neuen Gesellschaftsvertrag der Zukunft Emden GmbH unter § 8 Aufsichtsrat auf den Seiten 8 – 10 hin und bittet die Verwaltung um Korrektur.

Beschluss: a) Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages wie folgt zu fassen:

### **§ 8 Aufsichtsrat**

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus fünf stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von den Fraktionen des Rates der Stadt Emden benannt werden und zwei der Verwaltung angehören, sowie je einem beratenden Mitglied der im Rat der Stadt Emden vertretenen Fraktionen oder Gruppen, aus deren Mitte kein Mitglied dem Aufsichtsrat angehört.

Sie werden für die Dauer der Wahlperiode vom Rat entsandt. Dieses Recht endet bei den Vertretern der Verwaltung vorzeitig, wenn die Vertreter bei der Stadtverwaltung ausscheiden, bei den Ratsmitgliedern mit dem Ausscheiden aus dem Rat.

Für jedes stimmberechtigte Mitglied kann ein Vertreter benannt werden. Wenn der Beratungsgegenstand es erfordert, können weitere sachkundige Mitarbeiter beratend und ohne Stimmrecht hinzugezogen werden.

b) Der Rat der Stadt Emden entsendet aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Ratsherrn Bernd Renken als Vertreter mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen der Zukunft Emden GmbH.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14-470/1  
Haushalt 2003;  
Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 19.12.2002

**Herr Riese** erinnert daran, dass der Rat ausweislich der soeben beschlossenen Niederschrift der letzten öffentlichen Ratssitzung vom 19.12.2003 einstimmig dem unter TOP 16, Ziffer 4, Vorlage 14-470 „Haushalt 2003“ genannten Deckungsvorschlag der Sachkostensenkungen in den übrigen Fachbereichen nach Maßgabe der Verwaltung zugestimmt habe. Infolge dieses Ratsbeschlusses habe man in der Finanzausschusssitzung am 09.01.2003 über die Vorlage 14-473 beraten. Die FDP-Fraktion stehe entgegen der Meinung einiger anderer Fraktionen zu der Beschlussfassung und möchte der Verwaltung das Vertrauen schenken, richtig zu handeln. Die FDP-Fraktion möchte daher am Ratsbeschluss vom 19.12.2002 festhalten.

Beschluss: Es wird beschlossen, folgende Projekte im Haushalt einzuplanen:

1. AAGE (Grachtenreinigung, Constantia, alleinerziehende Elternteile	100.000,--€
2. Soziale Stadt Barenburg (aufsuchende Sozialhilfe)	50.000,--€
3. Erhöhung Ansatz Agenda-Projekt	25.000,--€

Finanzierung dieser Maßnahmen:

150.000,-- € aus der Haushaltsstelle Hilfe zum Lebensunterhalt umschichten in die Haushaltsstelle Hilfe zur Arbeit.

Finanzierung der Mehrkosten bei Agenda-Projekten durch entsprechende Einsparungen bei den Beiträgen zum Zweckverband Tierkörperbeseitigung.

Weiter wird beschlossen, mit der Verwaltung eine Zielvereinbarung abzuschließen, im Verwaltungshaushalt durch sparsame Haushaltsführung weitere 215.000,-- € zu erwirtschaften, der am Jahresende dem Vermögenshaushalt zuzufügen ist.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 31  
Dagegen: 9  
Enthalt.: 0

Punkt : 12 Vorlage 14-473/1  
Haushalt 2003;  
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2003

**Herr Ammersken** möchte mit einem chronologischen Abriss der vergangenen Haushaltsberatungen den Grund für den Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2003 darstellen:

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Am 16.05.2002 sei den Mitgliedern des Finanzausschusses der Eckwertebeschluss für das Jahr 2003 vorgelegt worden. Herr Lutz habe hierzu seinerzeit zitiert:

„Die guten Jahre sind vorbei, ein Konzept des intelligenten Sparens ist erforderlich, um die Investitionsfähigkeit der Stadt zu erhalten.“

Aufgrund dessen habe die CDU/FDP-Gruppe am 03.06.2002 einen Kompromiss erarbeitet, welcher eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung um 1,5 Mio. Euro vorgesehen habe. Des weiteren sei der Vorschlag der SPD-Fraktion gekommen, pauschal im Bereich der Sachkosten um 5 % zu kürzen. Nach intensiven Gesprächen mit der Verwaltung habe die FDP-Fraktion dann ihren Vorschlag revidiert und Anfang Dezember sei es zur Aussetzung der Haushaltsberatungen gekommen. Am 12.12.2002 erarbeiteten die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen gemeinsamen Haushaltsänderungsvorschlag, welcher Einsparungen in Höhe von einer Mio. Euro vorgesehen habe. Am 13.12.2002 sei dieser Vorschlag mit der SPD-Fraktion abgestimmt worden, der in der Ratssitzung am 19.12.2002 die Mehrheit fand. Am 09.01.2003 legte nun die Verwaltung im Finanzausschuss die sog. „Giftliste“ über Sachkostensenkungen in Höhe von ca. 200.000,- € im Verwaltungshaushalt vor. Es wurden u. a. Kürzungen im Bereich der Schulen, der integrativen Erziehung, der Bildung und im Bereich der Feuerwehr vorgenommen. Die Verwaltung hatte damit den Auftrag des Rates vom 19.12.2002 umgehend umgesetzt, was positiv zu betonen sei. Nach Überprüfung der Liste der Verwaltung habe die FDP-Fraktion ihren Änderungsvorschlag entwickelt. Am 20.01.2003 sei dem Verwaltungsausschuss eine Zielvereinbarung vorgelegt worden, welche die bisherigen Beschlüsse aufhebe. Seine Fraktion sehe keine Notwendigkeit zur Verabschiedung dieser Zielvereinbarung.

**Herr Ammersken** appelliert daher an die Fraktionen, ihr bisheriges Handeln zu überdenken und sich insbesondere im Hinblick intelligenten Sparens an die eigenen Vorschläge zu halten. Er bitte daher um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

**Herr Jahnke** erklärt, dass es der SPD-Fraktion wichtig gewesen sei, drei wesentliche Punkte über die Sachkostensenkungen noch in den Haushaltsentwurf mit aufzunehmen.

Es handele sich hier um

- a) die Agenda-Projekte,
- b) die beiden Projekte der AAGE (Grachtenreinigung Constantia, alleinerziehende Elternteile und
- c) die „Soziale Stadt Barenburg“ – Streetworking -

Bis zu diesem Zeitpunkt seien seitens der Verwaltung keine Möglichkeiten aufgezeigt worden, diese drei Projekte anderweitig zu finanzieren. Nach Erhalt des Vorschlages der Verwaltung habe sich die SPD-Fraktion kompromissbereit erklärt.

Er finde es erstaunlich, dass die FDP-Fraktion vorschlage, bei der Aktion „Hauptwohnsitz Erstsemester“ Kürzungen vorzunehmen, die man gerade ins Leben gerufen habe, um nicht unter die Grenze von 50.000 Einwohnern in der Stadt Emden zu fallen.

Außerdem bemängele er den Vorschlag der FDP-Fraktion, die bauliche Unterhaltung des Hallenbades auf „0“ zu setzen. Dies habe bei der SPD-Fraktion den Eindruck erweckt, dass seitens der FDP-Fraktion gar nicht der Wille vorhanden sei, das Hallenbad zu sanieren.

Auch sei der von der FDP unter den Kürzungsvorschlägen genannte Punkt „Instandsetzung der Brücken“ für ihn nicht nachvollziehbar, weil doch erst vor kurzem vereinbart worden sei, dass man beabsichtige, Posten des BEE zu stärken. Es erstaune ihn zusätzlich, dass die FDP-Fraktion bei der Straßenbeleuchtung Kürzungen vornehmen wolle, obwohl es in der



## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Vergangenheit zu vielen Beschwerden von Bürgern aus verschiedenen Ortsteilen gekommen sei.

Die SPD-Fraktion sei sich einig, diese Liste und somit auch den Änderungsantrag der FDP nicht zu akzeptieren.

**Herr Klaassen** möchte noch einmal klarstellen, dass es durchaus unterschiedliche Meinungen in der FDP-Fraktion gebe. Er habe jedoch nie von der Schließung des Emdener Hallenbades gesprochen, sondern nur von einem alternativen Konzept, das bisher noch nicht vorgelegt worden sei.

**Herr Dr. Beisser** betont, seine Fraktion habe sich mit den in der Vorlage 14-473 „Haushalt 2003“ genannten Vorschlägen intensiv beschäftigt. Er weist Herrn Jahnke darauf hin, dass für die Sanierung des Hallenbades bereits 2 Mio. Euro bereitlägen und daher Gelder für geringfügige Maßnahmen keine große Rolle mehr spielten.

**Herr Brinkmann** bemerkt, der Rat habe ihm in seiner Sitzung am 19.12.2002 den Auftrag gegeben, eine „Streichliste“ aufzustellen. Die Aufstellung dieser Liste habe ihm mit Sicherheit keine Freude bereitet.

### Abweichender Beschluss:

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2003 wird abgelehnt.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 30  
Dagegen: 10  
Enthalt.: 0

Punkt : 13 Vorlage 14-470/2  
Haushalt 2003;  
Änderungen aus der Verwaltungsausschusssitzung vom 20.01.2003

Beschluss: Der Beschluss des Rates aus der Sitzung vom 19.12.2002 „die Verwaltung soll nach ihrer Maßgabe in den Sachkosten der Fachbereiche 300 bis 600 200.000,--€ in den Bereichen 200 und 100 50.000,-- € in den Sachkosten und durch Neuregelung der Schlüsselgewalt bei den Schulen und Turnhallen 140.000,-- € Personal- und Sachkosten einsparen“ wird aufgehoben.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 30  
Dagegen: 10  
Enthalt.: 0

Punkt : 14 Vorlage 14-498  
Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003

**Herr Dr. Kleinschmidt** bittet Herrn Bolinius um Vortrag seiner Haushaltsrede.

**Herr Bolinius** erklärt:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten. In meiner Rede zum letzten Haushalt habe ich zu Beginn sinngemäß gesagt:

„Wo immer heute über die Situation unseres Landes und vor allem der Kommunen nachgedacht und diskutiert wird, schwingt beim Blick in die Zukunft Besorgnis mit.“

Bereits damals hatte sich das Geschäftsklima in der deutschen Wirtschaft zusehends verdüstert und die Konjunktur einbrechen lassen.

Ohne eine wieder anspringende Wirtschaft wird es bei den Kommunal финанzen keine Kehrtwendung geben. Und solange ein hochrangiger SPD-Politiker in Berlin der Überzeugung ist, dass es wichtiger sei, dass der Staat das Geld bekommt, als dass es der Bürger zur Verfügung hat, und solange man in Berlin konzeptlos arbeitet, wo der eine heute dies sagt und der andere das und beide am nächsten Tag dementieren oder korrigieren, wird sich das Klima nicht bessern. Das gutgemeinte Hartzkonzept ist aufgeweicht, die Abgaben für den Einzelnen steigen, die Unternehmen haben höhere Lohnnebenkosten, die Arbeitslosenzahlen werden noch erheblich ansteigen, man spricht in diesem Jahr sogar von 5 Millionen.

Mit dem Regierungswechsel in Hannover ist ein erstes positives Zeichen gesetzt worden. Fakt ist aber, dass eine vernünftige Haushaltspolitik nicht aus dem Stand heraus konzipiert werden kann. Haushaltsstrukturen wachsen und lassen sich nicht beliebig an tagespolitische Situationen anpassen. Sie müssen eine langfristige Konzeption haben.

Meine Damen und Herren,

eine Kommunalpolitik, die über steigende Einnahmen verfügt, ist leicht zu verkaufen. In Perioden mit hohen Einnahmen verfällt man aber auch leicht darin, Bedürfnissen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen, die man später nicht mehr zurückschrauben kann. Eine Politik, die fordert, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, verlangt sehr viel mehr Courage. Das musste schon Ludwig Ehrhard erfahren. Eine Politik des Füllhorns lässt sich dagegen wesentlich leichter verkaufen.

Die Bezirksregierung Weser-Ems schreibt der Stadt Emden zur Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2002 am 22.4.02 unter anderem:

„Auch wenn der Haushaltsplan für dieses Haushaltsjahr erneut ausgeglichen ist, sind folgende Anmerkungen notwendig, um die Stadt Emden zu veranlassen, wieder verstärkt eine restriktive Haushaltswirtschaft zu betreiben und sowohl die Ausgaben des Verwaltungs- als auch des Vermögenshaushalts zu begrenzen. Die Entwicklung einzelner Ausgabenschwerpunkte weist darauf hin, dass die Stadt wegen der besonders guten Entwicklung der Einnahmen nicht mehr die zwingende Notwendigkeit gesehen hat, das Ausgabenniveau zu begrenzen oder sogar zurückzuführen.“

Und weiter:

„Vor diesem Hintergrund erscheint die Entwicklung einzelner Ausgabenschwerpunkte in der Stadt Emden problematisch. Das gilt sowohl für die Personalausgaben als auch für die Ausgaben der Sozialen Sicherung.“

Und jetzt kommt es:

„Die beispielhaft aufgezeigte Entwicklung einzelner Ausgabenblöcke weist jedoch darauf hin, dass die Stadt Emden von ihrem gemeinsam mit der Kommunalaufsicht getragenen Konsolidierungskurs abgewichen ist und ihre Konsolidierungsbemühungen nicht nachhaltig und bezogen auf alle Ausgaben der Stadt konsequent weiter verfolgt hat. Die Kommunalaufsicht sieht trotz des ausgeglichenen Haushalts insoweit konkreten und dringenden Handlungsbedarf. Vor diesem Hintergrund sollte die Stadt konsequenterweise bereits jetzt wieder die notwendigen Maßnahmen treffen und die Ausgaben auf ein Niveau zurückführen, das auch bei rückläufigen Einnahmen noch finanzierbar ist.“

Soweit die Einschätzung der Kommunalaufsicht.

Die Vorlage des Eckdatenbeschlusses für den Haushalt 2003 der Verwaltung im Frühsommer 2002 wies eine Nettoneuverschuldung von rund 3,0 Millionen Euro aus. Die CDU/FDP-Gruppe und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen haben mit Datum vom 13.6.02 einen gemeinsamen Antrag eingereicht, in dem es heißt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einsparmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt zu suchen, um die geplante Nettoneuverschuldung um 50 % zu reduzieren.“

Dieser Beschluss wurde mit Stimmenmehrheit vom Rat angenommen!

Meine Fraktion hat sich in mehreren Klausurtagungen im Herbst 2002 eingehend mit dem Haushalt beschäftigt, um dieses Ziel zu erreichen. Es war sehr schwierig, aber wir haben diverse Vorschläge zwecks Reduzierung der Neuverschuldung unterbreitet. Und wir haben diese 1,5 Millionen € Einsparung auch erreicht.

In unseren Beratungen haben wir uns natürlich auch mit den von der Stadt Emden gezahlten freiwilligen Leistungen in Höhe von über 5,0 Millionen € beschäftigt. Es war überaus schwierig, hier Kürzungen vorzuschlagen. Die Stadt hat aber bereits vorsorglich viele Verträge gekündigt. Im nächsten Jahr sollten interfraktionelle Gespräche stattfinden, um abzuklären, wo Kürzungen vorgenommen werden können.

Ebenso haben wir uns mit den Personalkosten eingehend beschäftigt, die immerhin rund 35 Millionen € und damit 25 % des gesamten Haushaltes ausmachen. Im übrigen ist gegenüber 2002 eine Steigerung um 2,3 % zu verzeichnen. Wir haben den Vorschlag gemacht, für die Fachbereichsleiterstellen und die der Stabstellenleiter einen Wiederbesetzungsstopp festzulegen und Personalkosten insbesondere im inneren Dienst einzusparen. Betriebsbedingte Entlassungen haben wir ausgeschlossen. Es ist nicht richtig, dass – wie der Oberbürgermeister in der letzten Ratssitzung und in Ausschüssen gesagt hat –, die FDP-Fraktion die Einrichtung der Fachbereichsleiterebene mit beschlossen hat. Ich erinnere daran, dass der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Wilhelm Leeker, mehrfach angemerkt hat, dass diese neue Ebene eigentlich nicht gewollt sei und viel Geld kosten würde. Im Gegensatz zur SPD und CDU hat die FDP damals keine Zustimmung zu dem Verwaltungskonzept nach dem „Neuen Steuerungsmodell“ gegeben. Es sollte auch der Verwaltung zu denken geben, dass zum Beispiel die Stadt Ludwigshafen die Ebene „Fachbereichsleiter“ inzwischen wieder vollständig gestrichen hat. Im übrigen hier der Hinweis, dass im uns vorliegenden Haushaltsplan im Stellenplan die Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung, Teil A: Beamte, die Stellenübersicht der Fachbereiche 400- 600 fehlt.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Bekanntlich hat die Unternehmensberatung Mummert + Partner eine Personalbedarfsanalyse für die Gesamtverwaltung durchgeführt. Leider wurde die Unternehmensberatung nicht beauftragt, zu untersuchen, ob es sinnvoll sei, einige Bereiche zu privatisieren. Ich sage es noch einmal, weil immer wieder – auch auf Personalversammlungen – Gerüchte gestreut werden – dass wir viele Leistungen privatisieren wollen: Wir wollen keine Privatisierung um jeden Preis. Wenn die Stadt Emden die Leistungen genauso gut und preisgünstig leisten kann, dann soll sie die auch weiter machen. Aber wir fordern, zumindest Leistungs- und Kostenvergleiche mit Privatfirmen durchzuführen.

Es gibt uns aber doch schwer zu denken, dass zum Beispiel im Jahr 2000 der qm-Preis für eine Reinigung in Emden 33,- DM kostete und bei anderen vergleichbaren Kommunen nur 18,- DM. Das ist ein Unterschied von 83 %! Ob inzwischen eine Verbesserung eingetreten ist, neuere Zahlen liegen uns nicht vor, wissen wir nicht. Der Oberbürgermeister hat in der Ratssitzung am 19.12.02 gesagt, dass der von der Firma Mummert und Partner erarbeitete Stellenbedarf bis auf wenige Ausnahmen im Bereich „Reinigung“ und „Kindergärten“ fast erreicht sei. Wir hoffen, dass die Umsetzung nunmehr schnellstens erfolgt.

Der Personalrat sah sich genötigt, zusammen mit einem Fachbereichsleiter im Auftrage des Verwaltungsvorstandes - das ist bisher solange ich in der Kommunalpolitik bin, und das sind schon über 30 Jahre, einmalig - unsere Änderungsvorschläge zum Haushalt in einem Pressegespräch als unseriös zu bezeichnen. Inzwischen wissen wir, dass dieser Fachbereichsleiter in Kürze in den Ruhestand gehen wird und die Stelle nicht wieder besetzt werden soll. Also: Waren unsere Vorschläge unseriös? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Am 13. Mai 2002 hat die CDU/FDP-Gruppe hier im Ratssaal einen Informationsabend – zusammen mit der Verwaltung – über die Möglichkeiten der Neuorganisation des kommunalen Abwasserbeseitigung durchgeführt. Die Verwaltung wurde per Antrag gebeten, innerhalb eines halben Jahres Stellung zu nehmen. Trotz mehrmaliger schriftlicher Anmahnung liegt bis heute diese Stellungnahme nicht vor. Dies ist mehr als bedauerlich.

Zurück zu unseren Einsparungsvorschlägen in Höhe von 1,5 Millionen €

Nach interfraktionellen Gesprächen wurde ein Kompromissantrag der CDU/FDP-Gruppe und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eingereicht, der eine Einsparung von rund 1 Million € vorsah. In einem Gespräch mit der SPD-Fraktion wurde in vielen Punkten Übereinstimmung festgestellt. In der Ratssitzung am 19.12.02 wurde der Antrag mit Stimmenmehrheit verabschiedet.

Vom Oberbürgermeister wurde in der letzten VA-Sitzung ein Beschlussentwurf vorgelegt, der vorsieht, Beschlüsse vom 19.12.02 zurückzunehmen und eine Zielvereinbarung abzuschließen. Wir haben vorhin darüber gesondert diskutiert. Die FDP-Fraktion hat nach intensiven Beratungen beschlossen, und wie von meinen Fraktionskollegen vorgetragen, dieser Zielvereinbarung nicht zuzustimmen. Ein Grund ist, dass bei Zustimmung der Rat sich das Handeln über das Haushaltsrecht wieder einmal aus der Hand nehmen lässt. In der Presse konnte man darüber lesen, dass sich in dieser Angelegenheit nur die FDP „quer legen“ würde. Nein, im Gegenteil, nur die FDP ist bei ihrer konsequenten Linie des Sparens geblieben. Sie möchte auch, wie es auch in der NGO festgeschrieben ist, Herr des Verfahrens bleiben und nicht von der Verwaltung abhängig sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Schuldenstand der Stadt Emden lag zum 31.12.2001 bei 59,1 Million €. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt per 31.12.02 von 1.398 auf 1.451 € per 31.12.2003. Dazu einige Sätze:

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

In der Ratssitzung am 19.6.02 wurde über die Neuverschuldung eingehend diskutiert. Ich zitiere nur einige Sätze von führenden Ratsmitgliedern der übrigen Fraktionen:

"Früher habe man von der Nettoneuverschuldung erst im Herbst erfahren - zu spät, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Jetzt sei die Möglichkeit gegeben, frühzeitig gegenzusteuern, und diese Chance wolle die neue Mehrheit nicht nutzlos verstreichen lassen. Man wolle nicht auf Kosten der Kinder und Kindeskiner leben ..." "Deshalb habe man den Mut zu sagen, dass man noch vorsichtiger mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen wolle und müsse." Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt solle langfristig erhalten bleiben, und man wolle nicht wieder in die Situation der 90er Jahre hineinkommen. Wenn man sich zufrieden zurücklehne, würde man den Emden Bürgerinnen und Bürgern langfristig keinen Gefallen tun und die Probleme nur verschieben. Man lasse es nicht zu, dass zur Mitte dieses Jahrzehnts der Schuldenberg sich weiter erhöhe und appelliere deshalb usw., usw..."

Genau aus diesen Gründen ist meine Fraktion auch strikt gegen eine Erhöhung der Nettoverschuldung, die in den letzten Wochen wieder im Gespräch war. Wir wissen, dass der Mittelansatz im Hoch- und Tiefbau nicht ausreicht, um alle Schäden sofort zu beheben. Aber dafür sich noch mehr zu verschulden, ist mit uns nicht zu machen. Nein, wie bereits ausgeführt, wir müssen im Verwaltungshaushalt Einsparungen vornehmen, um Geld für diese Maßnahmen freizumachen.

Geld von den Gewinnen der Sparkasse in den Haushalt der Stadt einzustellen, wie von der SPD-Fraktion vor Monaten angedacht, ist in der augenblicklichen Situation der Sparkasse nicht angebracht und zeugt von wenig Sachverstand.

Wir sind gespannt, ob die von der SPD-Landesregierung und vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Dieter Haase Anfang Dezember 2002 angekündigten 50 Euro pro Schüler für Schulbausanierungen auch durchfinanziert waren und damit zur Verfügung stehen. Bekanntlich sollten die ersten Mittel bereits ab dem 1.1.2003 fließen. Wir haben hierzu eine Anfrage gestellt, die bisher noch nicht beantwortet wurde. In anderen Städten wurden sogenannte Schulsanierungsgesellschaften gegründet, die von der Deutschen Immobilien Leasing GmbH betrieben werden. Wir bitten die Verwaltung zu überlegen, ob auf Leasingbasis – wie übrigens von uns vor Jahren schon vorgeschlagen – derartige Sanierungen kostengünstig durchgeführt werden können, Stichwort: „Cross-Border-Leasing oder „Sale-and-Lease-Back“. Im übrigen haben wir auf dieser Basis drei Schulen gebaut. Morgen findet in Northeim ein Treffen aller Kämmerer aus Niedersachsen zu diesem Thema statt. Herr Lutz werden Sie teilnehmen?

Meine Fraktion ist sicher, dass auch in diesem Jahr Haushaltsreste aus dem Jahre 2002 anfallen werden. Mit diesem Geld möchten wir, so die Abstimmung in der CDU/FDP-Gruppe, Straßen und Schulen sanieren. Die CDU/FDP-Gruppe hat am 5.2.03 einen Antrag an den Verwaltungsvorstand mit der Bitte geschrieben, uns die Haushaltsreste per 1.3.03 mitzuteilen. Inzwischen wissen wir, dass der Kämmerer nur verpflichtet ist, bis zum 31.3.03 die Haushaltsreste zu melden. In einem Wirtschaftsbetrieb ist dieser späte Termin undenkbar.

Ferner ist meine Fraktion der Meinung, dass ein effizientes Gebäudemanagement, wie von uns mehrfach gefordert, unverzüglich eingesetzt werden sollte, um Kosten zu sparen. Unser Vorschlag, die Schlüsselgewalt den Sportvereinen zu übertragen, bei gleichzeitiger Gewährung einer Vergünstigung, um dadurch erhebliche Personalkosten zu sparen, wurde vom Stadtsportbund in einem Gespräch mit allen Fraktionen positiv erörtert. Einige Vereine sind bereit, diesen Vorschlag umzusetzen. Der Stadtsportbund wird das Gespräch mit der Verwaltung aufnehmen.

Insgesamt enthält der Haushaltsplan 2003 viele positive Punkte. Ich will einige hier nur kurz anreißen, sind sie doch mehr als bekannt:

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Als erstes ist erfreulich, dass Steuern und Gebühren auch in diesem Jahr nicht angehoben werden.

Im Vermögenshaushalt sind unter anderem folgende Maßnahmen zu nennen:

- Sanierung des Frisiageländes
- Soziale Stadt Barenburg
- Bahnhofsvorplatz (hier muss jedoch detailliert beraten werden, u. a. wg. der Minibahn)
- Kreuzung Nordkai
- Umbau Museum
- Radwegeprogramm
- Umbau Nordseehalle
- Neubau Feuerwehrgebäude für FFW Widdelswehr/Petkum
- Sanierung der Kinderspielplätze
- Fortführung des Radwegeprogramms
- Zuschuss Ausbau A 31
- Ausbau Alter Binnenhafen
- Zuschüsse für die Sportvereine in Höhe von 160.000 €

Ich will hier nicht detailliert auf alle diese Maßnahmen eingehen, jedoch gestatten Sie mir zur Sanierung des Frisiageländes einige Sätze. Ich meine, dass die Millionen, die hier investiert werden, gut angelegt sind. Dafür sage ich allen, die an der schnellen Umsetzung des Projektes seitens der Verwaltung mitgewirkt haben, herzlichen Dank. Ein Restrisiko wird bleiben. Wir alle wissen nicht, wie sich unser größter Arbeitgeber – insbesondere auch wegen der Irak-Krise - entwickelt. Obwohl die Zahlen für 2002 – trotz Rückgang des Gewinnes - und 2003 noch nicht allzu pessimistisch klingen. Aber ohne Risiko auch keine Chance!

Deshalb ist es richtig, die Firma „Schlachthof Emden GmbH“ in „Zukunft Emden GmbH“ umzuwandeln. Die Idee vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Jahnke, zu überlegen, ob man die städtische Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung ausgliedern und in diese neue Firma eingliedern soll, findet unsere volle Unterstützung. Seit Jahren haben wir dieses Ziel, eine eigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die nach unserer Meinung effizienter als bisher in der Verwaltung arbeiten kann, zu gründen, verfolgt. Leider wurden unsere Anträge seinerzeit von der damaligen Mehrheitsfraktion alle abgelehnt. Jetzt scheint Bewegung in diese Angelegenheit gekommen zu sein. Darüber freuen wir uns. Ich habe den anderen Fraktionen bereits schriftlich signalisiert, zusammen mit der Verwaltung über diesen Vorschlag zu beraten.

Erfreulich für die heimische Wirtschaft und für die Belebung des Hafens ist auch der Bau des Biomassekraftwerkes. An dem Kraftwerk wird sich unsere Tochter, die Stadtwerke Emden GmbH, beteiligen.

Wir hoffen, dass das von uns geforderte Gutachten über die Wirtschaftlichkeit eines neuen Hallenbades bald vorliegt, damit endlich Entscheidungen in dieser Angelegenheit getroffen werden können.

Der Wirtschaftsplan des Hans-Susemihl-Krankenhauses schließt mit einem Verlustansatz von rd. 1,5 Millionen € ab. Das Krankenhaus wird bekanntlich als Eigenbetrieb geführt. Mittelfristig sollte es nach unserer Auffassung, und diese deckt sich mit der CDU und der Verwaltung, als GmbH geführt werden. Die Gründe hierfür haben wir mehrfach dargestellt, deshalb will ich sie hier nicht noch einmal wiederholen. Bezüglich der Situation der Kinderklinik und der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe hat meine Fraktion am 02.02.2003 einen umfangreichen Antrag gestellt. Eine Auflösung kam und kommt für uns nie in Frage. Inzwischen liegt vom geschäftsführenden Direktor, Herrn Ulrich Pomberg, vom HSK ein Zukunftskonzept vor. Wir werden uns damit in allernächster Zeit beschäftigen.

Mehr als bedauerlich ist, was in der Innenstadt bezüglich der Geschäfte passiert oder nicht passiert, die Kaufhalle steht überwiegend noch leer und viele Geschäfte haben geschlossen. Verwaltung und Politik sind in den meisten Fällen die Hände gebunden. Die Rahmenbedingungen wird die Verwaltung und der Rat, soweit das möglich ist, schaffen. Aber die Kaufmannschaft ist auch hier selbst gefordert. Vorschläge, wie etwa die Neukonzeptionierung des Neuen Marktes, sollten nicht sofort abgelehnt werden. Nach dem Motto „Weiter wie bisher“, darf unseres Erachtens nicht verfahren werden. Dann wird Emden als Einkaufsstadt noch weiter hinter Konkurrenzstädte wie Leer und Oldenburg zurückfallen. Die CDU/FDP-Gruppe hat im Oktober 2002 ein sehr konstruktives Gespräch mit den Marktbesckickern gehabt. Daraus ist ein Gruppenantrag an den Verwaltungsvorstand mit mehreren Vorschlägen gegangen. Bisher haben wir trotz Anmahnung, keine Antwort erhalten. Für das Parkhaus ist eine größere Werbung und ein noch besseres Leitsystem unseres Erachtens notwendig.

Auf dem Kasernengelände wird sich hoffentlich bald etwas tun. Es wäre schön, wenn der BSV Kickers Emden dort ein neues Stadion bauen könnte. Aus heutiger Sicht kann der Verein allerdings hierfür nach unserer Auffassung städtisches Geld nicht erwarten.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, meine Damen und Herren.

Die FDP-Ratsfraktion hat zusammen mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung dafür gesorgt, dass unsere Stadt im Vergleich zu fast allen Städten im Jahre 2003 noch gut da steht. Durch die Bereitstellung der Mittel werden viele Menschen in Emden Arbeit und Brot bekommen. Wie das im nächsten Jahr aussehen wird, kann heute noch keiner sagen. Wir wollen nicht hoffen, dass die Gewerbesteuer wegbricht, die gestrigen Geschäftszahlen von unserem größten Arbeitgeber geben zu denken. Kommt der Irak-Krieg, wird es sicherlich noch düster werden. Auch die Abschaffung der Gewerbesteuerlichen Organschaft durch die Rot-Grüne Bundesregierung hängt wie ein Damoklesschwert über uns.

Deshalb appelliere ich zum Schluss meiner Rede noch einmal an alle, die Verantwortung in dieser Stadt tragen, ob in Verwaltung, Politik, Verbänden, beim Sport, in der Kultur oder in der Sozialarbeit:

Richten Sie sich schon jetzt darauf ein, das wir aller Voraussicht nach im Jahre 2004 mit weniger Geld auskommen müssen. Ich bitte jedoch alle Verantwortlichen, nicht dem Zeitgeist zu verfallen und zu jammern. Wir sollten ab sofort damit beginnen zu überlegen, wie wir mit geringeren Mitteln in allen Bereichen in unserer Stadt ein gutes Angebot aufrechterhalten können. Meine Fraktion ist dazu bereit.

Ich möchte mich ausdrücklich für die Arbeit des Kämmerers und seiner Mitarbeiter bedanken, die uns geholfen haben, die Haushaltsberatungen entsprechend durchzuführen. Dass die Beratungen erst heute abgeschlossen werden können, ist nicht der Verwaltung anzulasten.

Eine etwas humorvolle Anmerkung bzw. einen Rat an unseren neuen Kämmerer, Herrn Lutz:

Sehr geehrter Herr Lutz,

auf dem Deckblatt des Haushaltsplanes haben Sie die Vision von Offshore-Windkraftanlagen im Meer dargestellt. Hoffentlich wird diese Vision eines Tages Wirklichkeit, denn unser Hafen und damit unsere Stadt könnte als Umschlagsplatz davon außerordentlich profitieren. Auf der Deckseite des Haushaltsplanes schreiben Sie das Zitat:

„Mergitur non est, fluctuat sumus“.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Sie scheinen von unserem Rat ja eine sehr hohe Meinung zu haben, dass alle der lateinischen Sprache mächtig sind. Ich glaube aber, hier irren Sie sich. Übersetzt heißt es meines Erachtens:

„Wir gehen nicht unter, wir schwimmen mit den Wellen.“

Ich mache Ihnen für das nächste Jahr einen Vorschlag. Schreiben Sie auf Plattdeutsch das folgende Sprichwort auf die erste Seite:

„Wi stellen de Pultstock neet wieder, as wi springen können.“

Das werden fast alle Ratsmitglieder und Emdener verstehen. Wenn Sie es, sehr geehrter Herr Lutz, nicht verstehen, werde ich Ihnen die Bedeutung gerne erklären. Vielleicht bei einem Glas Bier. Sie haben, wie Sie kürzlich sagten, sehr viele Zitate gesammelt und ja auch im Haushaltsplan verarbeitet. Ich könnte Ihnen zusätzlich viele „Plattdeutsche Sprökjes“ geben. Na ja, ein bisschen Spaß muss auch sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die FDP-Fraktion trägt seit der letzten Kommunalwahl für die Stadt eine große Verantwortung. Die Fraktion hat versucht, sich dieser Verantwortung zu stellen und entsprechend zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Dabei kommt es naturgemäß auch zu Reibereien, sowohl mit der Bürgerschaft, den anderen Fraktionen als auch mit der Verwaltung. Wir reichen allen, die Verantwortung tragen, die Hand zur Zusammenarbeit, um das Beste für Emden zu erreichen. Nur dafür sind wir gewählt. Wir sind kein Parlament, sondern ein Rat!

Meine Fraktion hat im Rat nicht die Mehrheit, deshalb wurden auch nicht alle unsere Wünsche im Haushaltsplan 2003 berücksichtigt. Das ist nun einmal so. Insgesamt sind wir aber zufrieden.

Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Haushaltsplan 2003 zustimmen.“

**Herr Dr. Kleinschmidt** weist darauf hin, dass er eigentlich davon ausgegangen sei, dass Herr Bolinius für die CDU/FDP-Gruppe sprechen werde. Da dieser aber ausschließlich für die FDP gesprochen habe, bitte er nun Herrn Haase als Fraktionsvorsitzenden der stärksten Partei, seine Haushaltsrede zu halten.

**Herr Haase** trägt vor:

„Nach diesem teilweise pathetischen Beitrag von Herrn Bolinius mit einem guten plattdeutschen Spruch, will ich in der Tat nicht ausformuliert und in der Länge vortragen, wie es vielleicht möglich wäre. Denn letzten Endes befinden wir uns seit nunmehr 3 – 4 Monaten eigentlich in einer ständigen intensiven Haushaltsberatung, die am Anfang geprägt war von einem Anderssein als in den Vorjahren, weil wir zum ersten Mal anhand der Produkte gearbeitet haben. Dann haben wir gemerkt, dass wir im Dezember nicht so recht weiterkamen und das war auch zunehmend die Wolke des beginnenden Landtagswahlkampfes über uns, so dass wir letzten Endes zu einer Unterbrechung kamen. Dennoch zunächst einmal zu Beginn ein dickes „Danke“ an all diejenigen, mit denen wir zusammen in dieser Zeit gearbeitet haben, an die Verwaltung wie auch an die anderen Fraktionen, insbesondere auch an zwei Fraktionen, mit denen man am Schluss dann auch in der Tat zu einem gemeinsamen Konsens kam, der sich verlässlich auch über einen Tag, über einen zweiten Tag erwies.“

Das allerdings, Herr Bolinius, muss ich Ihnen nun knallhart mal vorwerfen, wenn man gemeinsam versucht, einen Haushalt der Vernunft, wie wir es damals im Dezember in der Ratssitzung eigentlich alle gesagt haben, zu organisieren, dann ist das ganz komisch, wenn



man sich eigentlich innerhalb der Gruppe der vier Fraktionsvorsitzenden einigt und sogar im VA ein ähnliches beschließt und anschließend am nächsten Tag in der Zeitung liest, eine Gruppe will es nun doch wieder aufschnüren.

Meine Damen und Herren, das denke ich mal, ist ein falsches Signal von Verlässlichkeit und da kann man noch so viele Worte darum machen, was man will. Irgendwann muss man den Knoten durchhauen. Haushaltsberatungen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass eben nicht jeder alle seine Interessen durchsetzt, aber das Entscheidende ist, dass man gemeinsam zu einem Ergebnis kommt, was insgesamt verlässlich und tragfähig ist. Insoweit mein Dank an alle diejenigen, die zu diesem Ergebnis mit beigetragen haben, dass wir dies in einer solchen Gemeinsamkeit am 20.01.03 geschafft haben, trotz des damals ja nun wirklich mehr als aktuellen Wahlkampfes, denke ich mal, ist schon einen gewissen Applaus wert. Ich hätte insofern auch erwartet, und das sage ich hier auch noch mal in aller Deutlichkeit, dass die beiden Anträge, über die wir vorher abgestimmt haben, damit auch erledigt gewesen wären. Da mögen auch nachgeschobene Begründungen nicht mehr allzu viel helfen. Dennoch, ich will hier nicht in die Versuchung kommen, meine Haushaltsrede wie in einem Parlament zu halten, denn in der Tat, wir sind kein Parlament, insoweit erspare ich mir auch, anders als Sie, Herr Bolinius, Ausflüge in die große Bundespolitik. Ich denke mir, wir wissen, um was wir hier zu diskutieren haben. Schließlich haben wir seit Monaten die Diskussionen geführt. Wie war die Ausgangssituation und wie ist die Situation in Emden?

Wir sind trotz des Haushaltsvermerks, jedenfalls in den Zitaten, die Sie vorgetragen haben, in Emden in einer vergleichsweise zu anderen Gebietskörperschaften guten Situation und die Nachfrage auch von unserer Fraktion immer wieder nach bestehenden Kassenkrediten konnte Herr Lutz dankenswerterweise, glücklicherweise muss ich schon sagen, immer mit „0“ beantworten. Das ist in der Tat nicht so häufig. Und ich denke mir, schon ein Resultat einer Politik, die wir hier über Jahre, ja Jahrzehnte eigentlich führen, von hoher Solidität getragen, wenn das noch gepaart ist, wie gerade im letzten Jahr, wo für jedermann sichtbar in dieser Stadt an allen Ecken und Kanten Straßen gebaut wurden, Straßen saniert wurden, aber auch an den öffentlichen Gebäuden das eine oder andere getan werden konnte. Das ist schon ein Beweis dafür, dass hier vernünftig gewirtschaftet wurde und auch, und das zeigt das Ergebnis heute, auch in diesem Jahr, wieder ein vernünftiges Ergebnis dabei herauskommt.

Ich denke mir, dies Ergebnis, dieser Haushaltsplan, dieses Produktbuch ist tragfähig, belastbar, aber wir müssen auch ganz klar sehen: natürlich die großen Spielräume, die sich der eine oder andere vielleicht erträumt, sind natürlich nicht drin. Über allem schwebt natürlich das Damoklesschwert, so heißt es richtig, das Damoklesschwert der Entwicklung der kommunalen Finanzen. Keiner weiß, wie sich dort die Diskussion um eine kommunale Finanzreform entwickeln wird. Keiner weiß auch, wie sich die Wirtschaft, insbesondere unter der Drohkulisse z. Zt. des potentiellen Irak-Krieges entwickelt. All das wird Auswirkungen auf Emden haben, auf unsere wirtschaftliche Situation, auf unsere Einnahmesituation. Und dennoch, ich denke mir, wir können zufrieden sein. Die einzelnen Punkte aus dem Vermögenshaushalt sind ja schon aufgeführt worden. Ich mag sie nicht mehr wiederholen. Sie sind so häufig genannt worden: Binnenhafen, Soziale Stadt usw. Im übrigen fand ich sehr schön, Herr Bolinius, dass sie quasi damit gesagt haben, die vergangene Landesregierung hat eine sehr gute Arbeit gemacht, denn wir müssen eins sehen: all diese Projekte wären ohne die Landesregierung, die bis zum 5. im Amt ist, nicht möglich gewesen. Wir leisten dort Co-Finanzierung und ich denke mir, insoweit ist es schon schön, von Ihnen, aus Ihrem Munde da quasi ein „Danke“ zu bekommen.

Wichtige Punkte können wir damit vorführen, mit den Haushaltsmitteln, stärken damit die Wirtschaftskraft, schaffen damit natürlich auch Beschäftigung, sichern Beschäftigung. Ich möchte ja auch im Bezug z. B. auf die vielen Projekte in Emden auch an die heimische Bauwirtschaft tatsächlich appellieren, alle Wege zu suchen, ob man nicht über den Zusammen-

schluss, über Arbeitsgemeinschaften ganz viel von den möglichen Investitionen sozusagen hier vor Ort in Arbeit umsetzen kann. Das denke ich mal, würde diesen Projekten einen noch bedeutenderen Stellenwert zubilligen.

Es bleibt natürlich noch vieles zu tun, meine Damen und Herren, das wissen wir alle, wenn wir durch die Straßen gehen oder wenn wir in der EZ oder OZ lesen, wo wieder eine Begehung stattgefunden hat, dann sehen wir, dass die eine oder andere Straße natürlich nach wie vor ein Schlagloch hat, dass hier und da natürlich an den öffentlichen Gebäuden noch einiges zu tun ist. Und deshalb war eines der zentralen Elemente, mit der unsere Fraktion auch in die Diskussion hineinging, natürlich dass wir insgesamt versuchen wollen, die Mittel für den BEE zu stärken. Ich hoffe, dass wir da mit Hilfe, Herr Jahnke hat vorhin schon etwas dazu gesagt – auch möglicher Haushaltsreste das eine oder andere bewegen können.

Weitere Einzelpunkte, auf die es uns am Anfang ankam, war in der Tat die Sozialarbeit im Bereich des Stadtteiles Barenburg. Ich denke mir, der Vorschlag, der letztlich dann von der Verwaltung kam, hier über AAGE entsprechende Mittel bereitzustellen, ist ein guter, mit einem Doppelleffekt – Sozialarbeit dort, aber andererseits auch Qualifizierung und Arbeit für Menschen, die z. Zt. außen vor sind.

Skeptisch bleibe ich nach wie vor bei der Beurteilung der Hingabe der Schlüsselgewalt an die Vereine. Herr Bolinius, Sie sagen, Sie haben da hohe Erwartungen. Ich habe den Eindruck, dass der eine oder andere Verein das anders sieht. Ich denke mir, wir sollten da ganz offen abwarten, wie es sich im Laufe des Jahres entwickelt. Wenn es ein Modellprojekt gibt, sind wir, glaube ich, alle „manns“ und „fraus“ genug, dieses dann vernünftig zu bilanzieren. Im Moment stochern wir alle ein wenig im Dunkeln. Natürlich rechnerisch ergeben sich Potentiale. Wie es dann tatsächlich aussieht, ob sich das erfüllt, was man damit verbindet oder nicht auf der anderen Seite neue Risiken auftreten, kann im Moment von uns noch keiner sagen. Für bedeutsam allerdings in diesem Haushalt, das will ich auch noch mal ganz ausdrücklich betonen, halte ich, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung gelungen ist und die SPD hat das von Anfang an mitgefordert, dem Sport in einer Größenordnung, wie noch nie da gewesen, nämlich mit 160.000,- Euro, wo am Anfang im Entwurf „0“ Euro standen, unter die Arme zu greifen. Ich glaube, dass wird vielen Vereinen in unserer Stadt ganz erheblich helfen und ich glaube, wir beweisen damit erneut, dass Emden eine mehr als sportfreudige Stadt ist.

Ich sehe das schon, meine Damen und Herren, ich werde schon wieder fast zu lang. Ich wollte eigentlich gar nicht so fürchterlich viel reden, jedenfalls hatte ich mit Heinz-Werner Janssen vereinbart, dass wir uns heute eigentlich relativ kurz fassen wollten, aber eine Sache, Herr Bolinius, weil Sie es ja nun doch so ausführlich gemacht haben, muss ich dann doch noch sagen:

Zum einen:

Sie mahnen z. B. in der Personalbewirtschaftung an, dass man über Wiederbesetzungssperren nachdenkt, aber auch z. B. dass man freiwerdende Stellen natürlich genau überprüfen muss, ob sie denn wieder besetzt werden müssen. Ich weiß, dass die Stelle des Musikschulleiters frei wird und ich begreife die Eile nicht, die gestern z. B. in der Diskussion stattgefunden hat, dass man das binnen 14 Tagen sozusagen neu besetzen will. Ich denke mir, wir sollten da auch unter den Fraktionen uns einig sein, dass wir in Ruhe die Ergebnisse der von Frau Eilers mit Bravour geführten Konferenz zur Neustrukturierung im Kulturbereich insgesamt abwarten und anschließend darüber nachdenken, ob wir dann nach  $\frac{1}{2}$  Jahr oder  $\frac{3}{4}$  Jahr einen neuen Musikschulleiter einsetzen müssen oder vielleicht sogar am Ende unserer kulturpolitischen Strukturdebatte ganz andere Modelle möglicherweise umsetzbar sind. Da ist in der Tat Sparpotential, das ist schön, das ist gut, das sollten wir dann auch in der Tat nutzen.

Ein weiteres muss ich einfach auch noch sagen:

Das Schulbausanierungsprogramm liegt nun leider nicht mehr in meinen Händen bzw. in den Händen meiner Partei. Natürlich war es durchfinanziert oder ist es durchfinanziert, aber Sie wissen auch, dass ab dem 4. März eine andere Regierung natürlich andere Schwerpunkte setzen will. Ich befürchte eher, dass wir im Bereich Schulbauten einen ganz anderen Bedarf haben werden, dann nämlich, wenn die Novellierung des Schulgesetzes - wie angekündigt - tatsächlich Wahrheit wird, die Orientierungsstufen, was vielen Eltern noch gar nicht bewusst ist, abgeschafft werden und auf einmal die weiterführenden Schulen neue Klassenräume in Klasse 5 und 6 benötigen und sicherlich nicht auf Dauer mit Ersatzlösungen oder Dependenzlösungen zufrieden sein werden. Insoweit entstehen auch durch einen Regierungswechsel in Hannover durchaus Haushaltsrisiken, dass darf man hier, glaube ich, in aller Offenheit auch mal sagen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, für die SPD, weil wir zentrale Punkte dort wieder finden, weil wir glauben, insbesondere mit den Grünen und der CDU am Schluss sozusagen verlässlich auch über den Tag hinaus dieses gemeinsam vereinbarte Ergebnis einschließlich der Zielvereinbarung tragen zu können und tragen zu wollen. Wir werden dem zustimmen. Wir haben natürlich viel mehr Wünsche, das ist völlig klar. Die werden wir im Laufe des Jahres alle Stück für Stück artikulieren und ich weiß ganz genau, im nächsten Jahr sitzen wir wieder hier und jeder hat nur einen Teil davon realisieren können. So ist das nun mal angesichts knappen Geldes, aber es zeigt dann ja auch, was ausgegeben wird, ist dann sicherlich auch vernünftig.

In diesem Sinne darf ich hier auch zum Ende kommen. Wir werden zustimmen. Und ich denke mir, das ist ein gutes Signal, wenn wir heute zu einer einstimmigen Verabschiedung kommen. Danke.“

Anschließend erteilt **Herr Dr. Kleinschmidt** Herrn H. W. Janßen das Wort.

**Herr H. W. Janßen** trägt vor:

„War es Glück oder Können, dass wir heute über einen ausgeglichenen Haushalt beraten?“

Ich tendiere eher zum „wir haben Glück gehabt“. .

Nach dem Einbringen des Haushaltes durch die Verwaltung – hier insbesondere der Umgang mit dem Produktbuch – wurden die Mitglieder des Rates und der Verwaltung auf eine harte Probe gestellt. Galt es doch, in großen Teilen Abschied zu nehmen von dem Althergebrachten. Wie der nun vorgelegte Haushaltsplan 2003 zeigt, ist es uns gelungen. Alle Fraktionen haben sich intensiv mit der Haushaltsslage beschäftigt und – wie konnte es anders sein – sind sie zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen.

Die CDU-Fraktion hat, und dass ist wohl bislang einmalig, während der Vorbereitungen einen Antrag gestellt, die Haushaltsberatungen zu unterbrechen. Grund hierfür waren die immer neuen Horrorzahlen aus Berlin. Wir waren einfach nicht mehr in der Lage zu beurteilen, welche Belastungen zusätzlicher Art auf die Stadt Emden zukommen würden. Um den Haushalt nicht Makulatur werden zu lassen, entschieden wir uns für den oben genannten Weg. Ohne dass jemals im Rat darüber abgestimmt worden ist, wurde so verfahren. Erst nachdem durch umfangreiches Nachfragen in anderen Kommunen und bei der Verwaltung die Zusage gegeben wurde, dass sich die Haushaltsslage nicht grundlegend verschlechtert, erklärte sich die CDU-Fraktion bereit, die Haushaltsberatungen wieder aufzunehmen. Dass hierdurch eine zeitliche Verschiebung zur Verabschiedung des Haushaltes 2003 eintrat, haben wir billigend in Kauf genommen. Um es klar zu sagen, die CDU-Fraktion würde in gleicher Lage wieder das gleiche tun.

Bei der Beratung des Haushaltes traten sehr schnell die unterschiedlichen Interessen der Politik aufeinander. Die CDU-Fraktion vermisste in der Verwaltungsvorlage einige für uns unverzichtbare Projekte, die es gilt weiter zu entwickeln. So war z. B. das Agenda Projekt mit praktisch keinem Euro versehen. Ebenso das Radwegeprogramm. Auch diese beiden Projekte haben es verdient, in den kommenden Jahren weiterhin berücksichtigt zu werden. Kleinere Maßnahmen, wie der Zuschuss für den Logger usw., wurden einvernehmlich in den Haushalt aufgenommen. Selbst die so wichtige Einrichtung des Werkraums der Schule Wybelsum musste durch die Politik abgesichert werden. Die Verwaltung hatte hierfür nichts vorgesehen. 50.000 Euro wurden in den Haushalt 2003 eingestellt.

Spät aber nicht zu spät kommt die Aufgabenerweiterung der AAGE. Seit Jahren bemühen wir uns, die Möglichkeiten, die uns die AAGE bietet, zu nutzen. Die CDU-Fraktion wird in Kürze Anträge einreichen, die die Möglichkeiten der AAGE erweitern.

Entgegen dem Verhalten im vergangenen Jahr, fand sich dieses mal auch die SPD-Fraktion bereit, einen Zuschuss für den Bauverein Neue Kirche zu bewilligen und damit dieses Vorhaben zu unterstützen. Durch die Förderung dieses Projektes bietet sich eine herausragende Chance, das Gebiet um das Gödensche Haus, der ehemaligen Musikschule und der Neuen Kirche zu entwickeln und zu einen Anziehungspunkt ohne Gleichen zu machen. Hier zeigt es sich, dass durch die Hartnäckigkeit der CDU-Fraktion ein Projekt angeschoben wurde, welches in der Zukunft sicherlich noch Früchte tragen wird.

Erfreulich ist, dass der geplante Kreisel Petkumer Str./Zum Nordkai nicht mehr realisiert wird. Für die CDU-Fraktion war es von vornherein klar, dass eine Kreisverkehrslösung an dieser Stelle ein untaugliches Projekt ist. Es bedurfte aber schon eines großen Stehvermögens, die Verwaltung hiervon zu überzeugen. Die nun geplante Ampellösung haben wir von vornherein favorisiert. Sie muss aber noch im Detail ausgearbeitet werden. Zur Erinnerung: Eine Entlastung der Petkumer Str. wird es durch diese Maßnahme nicht geben. Alternativvorschläge meiner Fraktion liegen auf dem Tisch.

Auch von der Planung des Bahnhofsvorplatzes ist die CDU-Fraktion nicht begeistert. In einer Zeit des knappen Geldes muss man sich fragen, ob dieses Projekt in der geplanten Weise durchgeführt werden muss. Wir meinen: Nein! Zumindest sollte das Konzept noch einmal überdacht werden. Die Renovierung der Straßenflächen und der Wartehäuser an den Busstationen würde genügen. Hierdurch wäre auch der Erhalt der Modellbahn gesichert. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei dem Verein für die bislang geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Wir haben Großes vor! Und wir drehen an sehr große Rädern. Da ist zum einen der Industriepark Frisia. Hier ist es gelungen, aus der ehemaligen Raffinerie Frisia ein Zukunftsprojekt zu entwickeln, welches in dieser Ausführung und in der Größe ihresgleichen sucht. Für die konsequente Verfolgung dieses Projektes bedanke ich mich ausdrücklich beim Oberbürgermeister Alwin Brinkmann. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Industriepark dazu beiträgt, die Arbeitslosenquote in Emden tatsächlich langfristig unter 10 % zu bringen (dieses ist vom Oberbürgermeister einmal als Ziel genannt worden). Zur Zeit beträgt die Quote allerdings 13,9 %.

Zum anderen das Projekt Binnenhafen. Dieses wurde uns in der vergangenen Woche im Fachausschuss vorgestellt. Es ist einfach schön zu sehen, wie Stadt und Investoren Hand in Hand Projekte entwickeln, die für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Emden herausragende Bedeutung haben.

Wichtig ist bei all diesen geplanten Projekten die umfassende Einbindung in den Entscheidungsprozess durch den Emdener Bürger. Eine Entwicklung ohne die breite Zustimmung aller

würde solche Projekte von vornherein zum Scheitern verurteilen. Zu diesen Projekten gehört zweifellos auch der geplante Umbau des Ostfriesischen Landesmuseums. Ist es doch von Nöten, die Kultur in unserer Stadt weiter zu entwickeln. Der eingeworbene Zuschuss ermöglicht es uns, dieses Vorhaben in Angriff zu nehmen. Dass dieser Umbau behindertengerecht durchgeführt wird, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Es war schon verwunderlich, dass bei Durchsicht des Haushaltes der Sport faktisch unberücksichtigt blieb. Kein einziger Euro war für Investitionsmaßnahmen der Vereine im Haushalt eingesetzt. Das geht so nicht. Der Sport mit fast 60 Sportvereinen und 20.000 Mitgliedern darf trotz aller Sparbemühungen nicht hinten herunterfallen. Dank der gemeinsamen Anstrengungen der Fraktionen ist zusammen mit dem Stadtsportbund eine einvernehmliche Lösung gefunden worden. Selbst ein Kompromiss bei der Übertragung der Schlüsselgewalt für Sporthallen auf die Vereine ist vor wenigen Tagen in die Wege geleitet worden. 160.000,- € stehen dem Sport für Investitionen im Jahre 2003 zur Verfügung. Nach Rücksprache mit dem Stadtsportbund können hier alle Maßnahmen berücksichtigt werden, die im Jahr 2002 nicht zum Tragen gekommen sind oder für 2003 angemeldet wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich beim Stadtsportbund für die geleistete Arbeit bedanken. Ohne die Bereitschaft, ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden tätig zu sein, wäre die Entwicklung des Sportes in Emden nicht möglich gewesen. Dieser Dank gilt selbstverständlich allen ehrenamtlich Tätigen, die sich in den unterschiedlichen Vereinen und Verbänden engagieren. Ohne sie würde das Gemeinwesen in der Stadt Emden zusammenbrechen.

Besonderes Augenmerk legt die CDU-Fraktion auf die Planung, das Emdener Hallenbad neu zu gestalten. Der jetzige Zustand ist, gelinde gesagt, nicht mehr zu verantworten. Bausubstanz und Technik entsprechen nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Deshalb ist es gut, dass das Hallenbad neu geplant wird. Die bislang vorgelegten Unterlagen sind aber unserer Ansicht nach im wirtschaftlichen Teil zumindest nicht realistisch. Die anvisierten Besucherzahlen werden von uns bezweifelt. Hier wäre etwas weniger mehr gewesen. Grundsätzlich ist zu sagen, dass bei Beibehaltung des jetzigen Standes das Hallenbad ein Defizit von ca. 260.000 € pro Jahr verursacht. Will man nur die Technik erneuern, erhöht sich dieser Zuschussbedarf auf jährlich ca. 500.000,- bis 600.000,- €. Es wäre damit aber kein Schritt zur Attraktivitätserhöhung getan worden. Bei realistischer Betrachtung der Möglichkeiten zur Entwicklung des Hallenbades und des von der Verwaltung vorzulegenden Konzeptes stellt die CDU-Fraktion fest, dass dieses Projekt durchgeführt werden kann, ohne den jährlichen Zuschuss zu erhöhen, er wird sogar laut bisherigen Prognosen gesenkt werden können.

Lassen Sie uns bei der Vielzahl von durchzuführenden Projekten nach der Devise verfahren:

Wie können wir es verwirklichen?

Und nicht:

Wie können wir es verhindern?

Aufgrund der zurückgehenden Steuereinnahmen wird es für die zukünftige Entwicklung in Emden erhebliche Probleme geben. Nach Ansicht vieler Fachleute ist die Situation eines ausgeglichenen Haushaltes für die nächsten Jahre unerreichbar. Nach den dramatischen Eingriffen in den 90er Jahren müssen wir uns darauf gefasst machen, dass unter Umständen in den kommenden Jahren uns die gleiche Situation wieder bevorsteht. Also gilt es vorzubeugen.

Dauerhafte Bindungen von Haushaltsmitteln durch Übernahme von freiwilligen Leistungen oder Personalerhöhungen können nicht mehr stattfinden. Die CDU-Fraktion hat seit Jahren

gefordert, den Schuldenberg zu reduzieren, zumindest aber eine Neuverschuldung möglichst zu verhindern. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Emdener Betriebe hat sich die CDU-Fraktion jedoch entschlossen, diese Position vorübergehend nicht mehr zu verfolgen. Wie uns die Brandmeldungen aus der heimischen Wirtschaft bestätigen, ist es dringend erforderlich, dass sich die Kommune zur Sicherung von Arbeitsplätzen antizyklisch verhält.

Die Änderung der Grundsatzhaltung durch die CDU-Fraktion hat für Unruhe gesorgt. Die CDU-Fraktion steht aber auf dem Standpunkt, dass im Falle einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage Investitionsprojekte, die für die folgenden Jahre vorgesehen waren, vorgezogen werden, allerdings mit der Maßgabe, bereits bei der Aufnahme von neuen Schulden die Tilgungsvereinbarungen mit zu beschließen. Zur Zeit geht die Fraktion allerdings davon aus, dass der Topf „Haushaltsreste“ noch umfangreiche Investitionen ermöglichen wird.

Wir sind davon überzeugt, dass auch die anderen Fraktionen im Rat der Stadt Emden bei Verschlechterung der Wirtschaftslage unserem Vorschlag folgen werden. Wir jedenfalls sind jederzeit zu Gesprächen bereit. Es ist bemerkenswert, dass erst durch die intensiven Haushaltsberatungen die Verwaltung sich in dem einen oder anderen Falle plötzlich in der Lage sah, Deckungsvorschläge zu machen, die es vorher nicht gegeben hat. Hier scheint sich das Spiel aus den vergangenen Jahren zu wiederholen, dass erst bei intensivem Nachbohren Töpfe geöffnet werden können, in denen sich noch Geld befindet. Ein Festhalten an dieser Politik durch die Verwaltung ist sicherlich nicht vertrauensfördernd.

Da die grundlegenden Forderungen der CDU-Fraktion erfüllt werden, hat sich die CDU-Fraktion entschlossen, dem Haushalt 2003 in der jetzt vorgelegten Fassung zuzustimmen. Wir werden aber sehr genau beobachten, ob die mündlichen Zusagen durch die Verwaltung eingehalten werden. Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, vertrauensvoll mit allen umzugehen. Wir werden unseren Teil dazu tun. Wir bieten den Emdener Bürgerinnen und Bürgern unsere Hilfe an. Wir werden im Rahmen des Machbaren die berechtigten Interessen vertreten und durchsetzen.

Wichtig ist, dass die von der Verwaltung zugesagten Prioritätenlisten für die Renovierung der Schulen, der Straßen und der städtischen Gebäude möglichst umgehend vorgelegt werden, damit anhand dieser Prioritätenlisten die Aufgaben abgearbeitet werden können und den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht wird, warum diese oder jene Maßnahme zuerst in Angriff genommen wird.

Ich möchte es mir und Ihnen ersparen, auf jede einzelne Haushaltsstelle einzugehen. Dieses haben wir in der Vergangenheit umfangreich getan.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für das Vorlegen des Haushaltes und bei den anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit.“

Anschließend fährt **Herr Renken** fort:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

bevor ich zu den Ausführungen zum Haushaltsplan und Produktbuch komme, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung.

Ein Mitglied meiner Fraktion ist über den in Latein verfassten Satz "Mergitur non est, flucutat sumus" auf dem Umschlag des Haushaltsplanentwurfs gestoßen. Er rätselte an der Übersetzung und befragte schließlich einige Lateinlehrer. Auch diese hatten Probleme mit der Übertragung ins Deutsche. Sie meinten, es könnte sehr frei übersetzt heißen:

"Es geht unter, es ist nicht, es wogt, wir sind." Wahrscheinlicher aber sei der Bezug auf den Spruch im Pariser Wappen: "Flucutat nec mergitur" - Es schwankt, aber geht nicht unter. Sie sehen daran, wie intensiv die Beschäftigung mit dem Haushaltsplan sein kann. Aber um endgültige Klarheit zu bekommen und allen Spekulationen der Fachleute ein Ende zu setzen, bitten wir den Verwaltungsvorstand heute um ein klärendes Wort. Wir können es nicht verantworten, in Unkenntnis über diese bedeutende Frage in die Abstimmung hinein zu gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Haushaltsberatungen für 2003 waren für uns Grüne ein denkwürdiges Ereignis, was die Zusammenarbeit mit der CDU/FDP-Gruppe betrifft. Ich will dies am Ablauf der Haushaltsberatungen deutlich machen:

Zu Beginn der Beratungen im November hatten wir uns auf ein gemeinsames Änderungspaket zur Vorlage der Verwaltung verständigen können. Wir waren uns sicher, dass am 19. Dezember der Haushalt einvernehmlich verabschiedet werden konnte, nachdem auch mit der SPD-Fraktion abschließende Gespräche geführt wurden. Was jedoch folgte, war eine Serie von Alleingängen und Profilierungsversuchen der Gruppenpartner, die weder mit uns noch offenbar in der Gruppe selbst abgesprochen waren:

Den Anfang machte die CDU-Fraktion im Dezember mit ihrem Antrag auf Aussetzung der Haushaltsberatungen auf unbestimmte Zeit, der von der SPD-Fraktion unterstützt wurde. Es hat sich gezeigt, dass dieser Antrag keine eigene Substanz hatte.

Es folgte die FDP-Fraktion im Januar. Die Fraktionsvorsitzenden hatten sich nach einem Gespräch mit dem Verwaltungsvorstand auf das heute vorliegende Änderungspaket geeinigt. Die FDP-Fraktion ließ jedoch postwendend den Kollegen Riese, der seinen Fraktionsvorsitzenden vertrat, im Regen stehen und beschloss, den Stand der Haushaltsberatungen zurückzudrehen. Ich frage Sie: Wo bleibt da die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit unter politischen Partnern?

Die CDU ihrerseits hatte nun im Februar nichts Besseres zu tun, einen neuen Luftballon steigen zu lassen. Der Vorstoß vom Kollegen Bongartz für ein kommunales Konjunkturprogramm, finanziert über eine höhere Neuverschuldung und die berechnende Art und Weise, in der dies in der Öffentlichkeit platziert wurde, musste die FDP-Fraktion brüskieren. Ich will hinzufügen, dies hat auch in meiner Fraktion zu Kopfschütteln und der wohl begründeten Ablehnung des Vorschlages zu diesem Zeitpunkt geführt. Kein Wunder, dass dies in der Presse, aber auch in der Öffentlichkeit zu Unverständnis geführt hat und über die Zukunft der Gruppe offen spekuliert wird.

Den vorläufigen Schlusspunkt hat die Gruppe mit ihrem gemeinsamen Antrag (dies ist mittlerweile schon ein bemerkenswertes Ereignis) erreicht, der da lautet „Die Verwaltung wird beauftragt, den Fraktionen die per 15.2.03 vorhandenen Haushaltsreste aus dem Jahr 2002 bis zum 1.3.03 den Fraktionen detailliert aufzugeben.“ Verstehe wer will, wie man ohne Rücksprache mit der Verwaltung und ohne Berücksichtigung der Abläufe in der Verwaltung diese Termine setzen kann. Unverständlich aber auch der Inhalt des Antrages, wo bereits zwischen den Fraktionen und dem Verwaltungsvorstand Einigkeit über das Verfahren des Umgangs mit den möglichen und heute auch - dies geht zumindest aus Äußerungen des Oberbürgermeisters hervor - wahrscheinlich nennenswerten Haushaltsresten erzielt wurde. Das Resümee, das wir heute ziehen müssen, lautet deshalb: Eine Haushaltsmehrheit zwischen der Gruppe und uns Grünen gibt es faktisch nicht mehr und wir werden daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen haben. Denn der Anspruch einer Haushaltsmehrheit, die für uns die Klammer einer Zusammenarbeit mit der Gruppe gebildet hat, ist aus der

Gruppe heraus aufgegeben worden. Wir können dies nur bedauern, denn nach der Wahl hatte es einen guten Start gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Neu war in diesen Haushaltsberatungen, dass erstmals versucht wurde, an Zielen entlang zu beraten. Wie alles Neue hat dies ein methodisches Umdenken bei den Beratungen abverlangt. Das es im ersten Anlauf nicht immer rund lief, ist wohl unvermeidlich. Aber der Weg ist der Richtige, davon sind wir Grüne überzeugt. Und beim nächsten Mal wird es ein Stück besser gelingen.

Eines der herausragenden Ergebnisse des Haushaltsentwurfes ist, dass Emden einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt vorlegen kann. Damit befinden wir uns in ganz exklusiver und einsamer Gesellschaft. Dies ist auch Ergebnis der Konsolidierungsanstrengungen in den neunziger Jahren. Wenn wir also trotzdem klagen, so sind dies Klagen auf hohem Niveau. Dies heißt jedoch nicht, dass die Klagen unberechtigt sind. Nur sind wir nicht so hart getroffen worden wie andere. Das es uns leidlich geht, haben wir auf der Einnahmeseite vor allem unserem größten Gewerbesteuerzahler zu verdanken. Davon wird auch in Zukunft viel abhängen.

Die Verwaltung hat uns einen am Eckwertebeschluss orientierten Haushaltsentwurf vorgelegt. Wir haben in den Haushaltsberatungen an einigen Punkten Korrekturen vornehmen müssen, die uns bereits in den vergangenen Jahren wichtig waren. Zwischen den Fraktionen bestand weitgehend Einigkeit über die Änderungen, Weniger über die Gegenfinanzierung. Schließlich haben wir uns mit der Verwaltung auf ein akzeptables Gesamtpaket einigen können:

Zunächst die Förderung des Fahrradverkehrs durch Fortschreibung des Radwegeprogramms:

Wir wollen weiterhin umweltfreundliche und gesunde Mobilität fördern. Es ist unser Bestreben, dieses Programm auf einem höheren Niveau fortzuschreiben. Es fehlt an sicheren und komfortablen Radverkehrsanlagen, es fehlt an Fahrradabstellanlagen und es fehlt an einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr. Die Verkehrsplaner haben uns gesagt, dass wir Investitionen von rund 300.000 € über mehrere Jahre hinweg brauchen werden, um sowohl den Nachholbedarf als auch notwendige qualitative und quantitative Verbesserungen umsetzen zu können. Aus diesem Grund werden wir nach der Verabschiedung des Verkehrsentwicklungsplanes noch in diesem Jahr auf die Erhöhung der Mittel und die Einstellung in das Investitionsprogramm drängen. Wir Grüne können es uns anrechnen, dass in Sachen Nordkai eine Alternativenprüfung im Nachhinein stattgefunden hat und mit der Ampelkreuzung nicht nur eine kostengünstigere Lösung gegenüber einem überdimensionierten Kreisell gefunden wurde. Nein, mit dieser Lösung wird auch eine seit langem geforderte Fahrradweganbindung zwischen Borssum und Friesland ermöglicht.

Auch an der Erhöhung der Mittel für die Grundsanierung der Spielplätze halten wir in schwierigen Zeiten fest und wollen auch dies nach Möglichkeit in einem weiteren Schritt im Investitionsprogramm verankern. Wir alle wissen, dass auch hier ein grundlegender Sanierungs- und Erneuerungsbedarf besteht. Kinderspielplätze haben für uns eine ganz hohe Priorität. Es ist auch ein Zeichen für eine kinderfeindliche Gesellschaft, wenn die Unannehmlichkeiten über einen zugegebenermaßen schlechten Zustand unserer Straßen höher gewichtet werden als der wenige verbliebene Frei- und Lebensraum für Kinder in unserer Stadt.

Die Lokale-Agenda-21-Arbeit wird dem Rotstift zum Opfer fallen. So sah es zumindest im Verwaltungsentwurf aus. Der Rat hat dies rückgängig gemacht. Wir sind froh, dass hier einstimmig an den bestehenden Ratsbeschlüssen festgehalten wurde. So kann das Engage-



ment von Bürgern und Verwaltung – wenn auch auf einem vergleichsweise bescheidenem Niveau – fortgesetzt werden. Wir wünschen uns für die Zukunft eine stärkere Einbindung in die Verwaltung. Nach unseren Vorstellungen soll deshalb wie in Aurich ein Agenda-Beauftragter beim Verwaltungsvorstand angesiedelt werden.

Wir werden den Sportvereinen auch in diesem Jahr ein gut bemessenes Budget für Investitionen zur Verfügung stellen. Daran hat wie in den Vorjahren der Stadtsportbund einen maßgeblichen Anteil geleistet. Für die stetige und verlässliche Zusammenarbeit ist ihm an dieser Stelle ausdrücklich zu danken. Die kürzlich geführten Gespräche über die Übergabe der Schlüsselgewalt an den Schulsportstätten hat den Willen und Wunsch zur Kooperation auch in dieser nicht ganz einfach zu behandelnden Frage gezeigt. Es kommt jetzt darauf an, im Zusammenwirken von Rat und Verwaltung sowie Stadtsportbund und Vereinen zu praktikablen Lösungen zu kommen, um eine nennenswerte Kostenentlastung zu erreichen und die Eigenverantwortung der Vereine zu stärken und zu honorieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir ohne den gemeinsamen Vorstoß von Gruppe und Grünen in diesen Haushaltsberatungen nicht so weit gekommen wären.

Ich will noch die weiteren Projekte benennen. Dies sind:

- das Vorziehen der Mittel für den Werkraum der Schule Wybelsum,
- die Planungskosten für eine Ganztagschule Barenburg, mit der wir deutlich machen wollen: Wir wollen zum Schuljahr 2004/2005 soweit sein.
- die aufsuchende Sozialarbeit in Barenburg. Hier muss zudem eine Nachfolgelösung für die Betreuung auf dem HCE-Gelände gefunden werden.
- Die AAGE wird durch einen Zuschuss für die Sanierung der Grachten im Constantia-Viertel und ein Projekt für Alleinerziehende gestärkt.
- Die Zuschüsse an den Bauverein Neue Kirche für die weitere Planung und für den Museumslogger.

Darüber hinaus hat es Zusagen der Verwaltung gegeben. Die Schulsozialarbeit in der Wallchule und die Nutzung der Räumlichkeiten des Constantia-Treffs konnten so gesichert werden. Dies sollte auch für den Täter-Opfer-Ausgleich von der Verwaltung erreicht werden. Nun erfahren wir heute aus der Zeitung, dass es seit Jahresanfang keinen Täter-Opfer-Ausgleich für straffällig gewordene Jugendliche mehr gibt, weil das Land die Erhöhung der Mittel abgelehnt hat. Das können wir so nicht akzeptieren. Die Stadt Emden mit den Landkreisen Aurich und Leer sollte sich gemeinsam mit den Abgeordneten der Region bei der Landesregierung für die uneingeschränkte Weiterführung des Mediationsbüros einsetzen.

Wir sollten wissen, dass zwischen Wunsch und Wirklichkeit und zwischen Erforderlichem und Möglichem auch in der Kommunalpolitik immer eine Lücke klaffen wird. Gefährlich wird es erst, wenn die Kluft zu groß wird. So erfreulich die vom Rat fast immer einmütig beschlossenen großen Vorhaben wie der Frisia-Industriepark, der Umbau des Museums, die Entwicklung des Alten Binnenhafens und mit Abstrichen auch die Soziale Stadt in Barenburg voran gekommen sind, ein Problem auf Dauer wird die gewaltige Lücke in der baulichen Unterhaltung sein. Die Verwaltung beziffert den Unterhaltungsrückstand der letzten zehn Jahre auf 30,8 Mio. €, davon 60 % im Hochbau.

Wir können deshalb nur hoffen, dass die neue Landesregierung an dem Sanierungsprogramm für die Schulen festhält und wir die vom Vorgänger angekündigten 300.000 € an Zuschüssen pro Jahr bis 2007 in eine Fortschreibung des Investitionsprogrammes aufnehmen können. Die Sanierung und Ausstattung der Schulen – und wir streben eine Verbindung von

baulicher mit energetischer Sanierung an - steht für uns in der Prioritätenliste ganz weit oben. Denn bauliche Verbesserungen verbessern die Lernumgebung und damit die Bedingungen für die Wissensvermittlung. Zweitens werden diese Sanierungsmaßnahmen zu dringend notwendigen Beschäftigungsimpulsen für Baugewerbe und Handwerk führen. Diese Beschäftigungsimpulse wollen wir auch dadurch erreichen, dass die vom Rat in den Haushalten beschlossenen Investitionsmaßnahmen zügiger als bisher umgesetzt werden. Die Ankündigung des Bau- und Entsorgungsbetriebes, aufgrund der konjunkturellen Situation jetzt Aufträge im Wert von 2,5 Mio. € schnell auf den Weg zu bringen, begrüßen wir deshalb. Natürlich können Mittel für zuschussfinanzierte Projekte nicht abgerufen werden, wenn die Zuschüsse noch nicht bewilligt sind. Es wäre aber derzeit ein falscher Weg, aus Liquiditätsgründen vorhandene Mittel zurückzuhalten. Drittens, und darüber wurde bereits Einverständnis erzielt, sollen Haushaltsreste aus 2002 nach Vorlage des Haushaltsabschlusses für Maßnahmen in baulicher Unterhaltung verwendet werden.

Die Diskussion über ein aktuell aufzulegendes zusätzliches kommunales Konjunkturprogramm unter Inkaufnahme einer weiteren Neuverschuldung ist deshalb die falsche Diskussion zur falschen Zeit. Im übrigen sind wir davon überzeugt, dass dies ein Strohfeuer sein wird, wenn nicht auch andere Städte und Gemeinden in der Region mitziehen. Ob sie das überhaupt können, steht in Frage. Auch kann niemand aufgrund des Vergaberechtes versprechen, dass damit Arbeitsplätze in Emden gesichert werden.

Die Erkundung von Sparpotentialen steht weiter auf der Tagesordnung. Und hier heißt es, intelligent zu sparen. Intelligent ist es nicht, wie die SPD-Fraktion in diesen Haushaltsberatungen mit dem Rasenmäher über die Sachkosten herzufallen. Aber auch bei einer Streichung freiwilliger Aufgaben ist Vorsicht geboten, denn diese bilden das unverwechselbare Profil einer Stadt. Ein solider Sparkurs muss nachhaltig angelegt sein. Es müssen inhaltliche Prioritäten gesetzt werden, Wirkungsziele definiert werden und bestehende Standards hinterfragt werden. Und es muss an die großen Kostenfresser herangegangen werden. Darüber wird die Debatte zu führen sein. Ein Schritt ist die Zielvereinbarung zum Haushalt 2003, im Verwaltungshaushalt 215.000 € zu erwirtschaften, die dem Vermögenshaushalt zuzuführen sind.

Wir Grüne stehen weiterhin zu den Planungen für die Weiterentwicklung des Hallenbades und gehen davon aus, dass die notwendigen Entscheidungen nach Vorlage der Gutachten von Wibera und Fachhochschule bald getroffen werden können. Gleichwohl müssen zwei Dinge berücksichtigt werden:

Erstens muss der § 22e der Niedersächsischen Gemeindeordnung angewendet werden. Die angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist hier vorgeschrieben und wir werden sie daraus nicht entlassen. Dazu sind jetzt geeignete und zweckmäßige Verfahren zu organisieren.

Zweitens müssen bei der Dimensionierung des Wellnessbereiches die in Emden vorhandenen Strukturen berücksichtigt werden. Es ist nicht vermittelbar, wenn mit der Brechstange zu Lasten eines vorhandenen Angebot eingegriffen werden sollte. Es spricht nichts gegen einen Wettbewerb, er ist jedoch fair zu gestalten.

Auch der Bau eines Zwischentraktes zwischen dem Ökowerk und dem Kindergarten „Sonnenstrahl“ steht weiterhin auf unserer Agenda. Wir erwarten, dass uns wie versprochen in Kürze die Planung und die Kostenermittlung vorgelegt wird.

Lassen Sie mich abschließend Dank sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die uns stets für Nachfragen und Auskünfte zur Verfügung standen. Dank auch an die Vertreter der Fraktionen und des Verwaltungsvorstandes, mit denen wir trotz unterschiedlicher politischen Auffassungen in den zahlreichen Gesprächen schließlich zu einer

vertretbaren Einigung über den heute zur Abstimmung stehenden Haushalt 2003 gekommen sind.“

**Herr Lutz** erklärt, mit dem lateinischen Spruch: „Mergitur non est, flucutat sumus“ auf dem Umschlag des Produktbuches 2003 habe er das jährliche Schwanken eines Haushaltes darstellen wollen. Der ausgeglichene Haushalt in diesem Jahr sei keine Selbstverständlichkeit. Es gäbe Risiken, aber auch Chancen, diesen positiven Haushalt im Jahre 2003 zu realisieren. Eine Chance könne z. B. die Offshore-Windenergie im Hafen sein. Auf das Foto des Emders Rathauses aus dem Jahre 2000 auf der Titelseite des Produktbuches möchte er ganz besonders hinweisen. Dieses Foto könne nach Fertigstellung der Umbaumaßnahme des Emders Rathauses im Jahre 2004 historischen Wert haben. Für die Bemühungen der Ratsmitglieder, trotz zurückgehender Einnahmen einen ausgeglichenen Haushalt zu gestalten, möchte er seinen persönlichen Dank aussprechen.

**Herr Brinkmann** betont, ihm liege im Bereich der Nettoverschuldung sehr viel an einem Weg, der nachvollziehbar sei. Ansonsten befürchte er große Nachteile für die Kleinstbetriebe. Er möchte Herrn E. Bolinius an eine Diskussion in den 90er-Jahren erinnern. Damals habe Herr E. Bolinius selber gefordert, die Sanierung der Straßen und Gebäude zu Lasten einer höheren Verschuldung zu sanieren. Herr Brinkmann habe damals vehement dagegen gestimmt. Mit der Begründung, dass Straßen und Gebäude bei jahrelangem Abwarten viel teurer in der Sanierung würden, habe Herr E. Bolinius allerdings Recht gehabt.

Bezüglich der Einsparung von Personalkosten erklärt **Herr Brinkmann**, die Vorgaben der Fa. Mummert und Partner seien fast bis auf die letzte Stelle umgesetzt worden. Er habe heute sogar Probleme mit einer internen Wiederbesetzung freiwerdender Stellen, so dass er befürchte, im 2. Halbjahr Personal von außen einstellen zu müssen, um die gestellten Aufgaben durchführen zu können. Diesbezüglich erinnere er nur an die Grundsicherung, die jetzt eine zusätzliche Aufgabe der Stadt Emden geworden sei.

Zur Besetzung des Verwaltungsvorstandes möchte er noch einmal ganz klar darauf hinweisen, dass er damals für eine Besetzung mit zwei Personen plädiert habe. Der Rat habe die dritte Stelle gewollt. Er betone aber, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Lutz als drittes Vorstandsmitglied hervorragend verlaufe.

Außerdem gebe es seit Einführung der Fachbereichsleiterebene sehr viel mehr an Freiheit und Kreativität innerhalb der Verwaltung. Er bitte darum, ihm die Namen der Fachdienstleiter für ein persönliches Gespräch zu nennen, die angeblich erklärt hätten, dass die Einrichtung der Fachbereichsleiterebene nicht zufriedenstellend sei.

Auch sei er bereit, dem Rat die Vorschläge „Reinigung“ und „Kindergärten“ vorzustellen. Dies werde dann eine politische Entscheidung sein. Er habe bereits Angebote über Ableistung von Aushilfs- und Ersatzstunden vorliegen und dabei festgestellt, dass die Verwaltung günstiger sei als externe Reinigungsunternehmen, da die Stadt nicht mehrwertsteuerpflichtig sei.

Auch möchte er auf seine gut funktionierende und qualitativ gut besetzte Wirtschaftsförderung in der Verwaltung hinweisen. Projekte wie z.B. Sanierung des Industriegebietes Frisia seien mit Hilfe der Wirtschaftsförderung problemlos abgearbeitet worden.

Abschließend möchte er die Gelegenheit nutzen, sich bei allen Fraktionen zu bedanken. Es sei ein gutes Signal, den Haushalt heute so verabschieden zu können, auch wenn er für die Jahre 2004 und 2005 in der Automobil- und Werftindustrie wirtschaftliche Probleme auf sich zukommen sehe. Er hoffe aber, dass der finanzielle Notstand der Jahre 1993 und 1994 nie wieder eintreten werde.

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

**Herr E. Bolinius** gibt zu, dass seine Fraktion damals gesagt habe, die Stadt Emden habe mit ihren schlechten Straßenzuständen Ostblockmentalität entwickelt. Diese Straßen müssten später mit hohen Kosten wieder saniert werden. Die Absicht der FDP-Fraktion sei jedoch gewesen, Gelder umzuschichten und Leasingverträge in Anspruch zu nehmen, welche die Verwaltung nicht akzeptiert hätten. Mittlerweile wüsste man, dass dies kein Problem sei. Außerdem weise er auf die Stimmenthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung des Neuen Steuerungsmodells hin. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte dagegen gestimmt.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14-498 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 15** Vorlage 14-528  
Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003

**Herr Schaudinn** betont, das Produktbuch sei schon nach den Sommerferien 2002 in die Fachausschüsse eingebracht worden. Im Dezember 2002 seien die Beratungen abgebrochen worden. Er kritisiere, dass ihm das Produktbuch 2003 erst kurz vor der Sitzung vorgelegt worden sei. Beschließen könne er s. E. nur etwas, was er gelesen und geprüft habe. Die FDP-Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

**Herr Lutz** erwidert, es habe eine Menge Arbeit gemacht, den Änderungsbeschluss des Verwaltungsausschusses v. 20.01.2003 in den Haushalt einzuarbeiten. Bei jeder zentralen oder vom Servicebereich betroffenen Haushaltsstelle habe sich die Änderung auf die Verrechnungskosten ausgewirkt. Dies habe Auswirkungen auf die inneren Verrechnungen jedes einzelnen Produktes gehabt. Da dies Zeit benötige, habe man erst jetzt den im Prinzip ja schon vorher vorliegenden Entwurf mit den genauen Zahlen drucktechnisch vorlegen können. Er möchte noch auf die Änderungen des Produktbuches hinweisen:

Im Vorbericht des Produktbuches seien Informationen eingefügt, die im alten Vorbericht im Haushaltsbuch zu finden gewesen seien. Zur Erleichterung der Budgetdiskussion habe man beschlossen, den Haushalt und das Produktbuch zusammenzufassen. Man folge damit dem Willen der Gesetzgeber. Es sei nicht nur Ziel des Landes Niedersachsen, bis zu den Haushaltsjahren 2005/2006 von der kameralen Haushaltsführung abzuweichen. Wenn dies gelänge, wollen man bis zum Jahre 2004 ein Budgetbuch vorlegen können und bitte daher um besondere Beachtung des Produktbuches.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt das Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003.

**Ergebnis:** Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 30  
Dagegen: 0  
Enthalt.: 10

**Punkt : 16** Vorlage 14-499  
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2006

## Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.02.2003

---

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2006

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14-500  
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2003

im Verwaltungshaushalt  
in Einnahmen und Ausgaben mit je 441.900 €

Ergebnis: einstimmig.

Punkt : 18 Vorlage 14-55/4  
33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich nördlich der Uphuser Straße - Emden Uphusen  
- nachgehende Abwägung zu den Belangen der Landwirtschaft

Beschluss: Die Anregungen des betroffenen Landwirts werden zurückgewiesen.

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

Punkt : 19 Vorlage 14-512  
Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zur Regelung von Schallemissionen im Gebiet des Industrieparks Frisia

Beschluss: Die Stadt Emden schließt mit den zukünftigen Grundstückseigentümern im Industriepark Frisia städtebauliche Verträge zur Regelung von Lärmkontingenzen

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 20 Vorlage 14-515  
2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung)

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14-515 als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung)

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 21 Vorlage 14-475  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2002

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 22 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Brinkmann** berichtet, er habe am 19.02.2003 ein Schreiben von Herrn Nils Köhler erhalten. Das Ratsmitglied lege sein am 26.09.2003 erlangtes Ratsmandat aus beruflichen Gründen mit sofortiger Wirkung nieder. Als Nachrücker käme Herr Werner Vollprecht in Betracht.

Der Ratsvorsitzende schließt die Sitzung.